

Harms besteht auf Runden Tisch

Bürgermeisterin erneuert Forderungen an Wirtschaftsminister Althusmann zur Kalihalde

Von Uwe Kranz

Ronnenberg. In Ronnenberg hatte man sich einiges vom Besuch des niedersächsischen Wirtschaftsministers Bernd Althusmann (CDU) im Oktober 2019 erhofft. Stadtverwaltung, Politik und die Bürgerinitiative (BI) „Bauschuttdeponie – Nein Danke!“ hatten ihm ein Positionspapier mit auf den Weg gegeben, das als Grundlage für einen Runden Tisch aller beteiligter Gruppen und Institutionen dienen sollte. Doch das Ergebnis enttäuschte. Deshalb hat Bürgermeisterin Stephanie Harms (CDU) ihr Anliegen jetzt in einem Brief an den Minister noch einmal deutlich untermauert.

Ronnenberger kritisieren Pläne

Die Ronnenberger stemmen sich gemeinsam gegen den Plan der Firma Menke Umweltservice Ronnenberg, auf der früheren Kalihalde im

Ort Bauschutt in großem Stil einzulagern. Bei der Althusmann-Initiative zum Runden Tisch kam im Januar allerdings nur das schriftliche Angebot für ein einfaches Gespräch mit dem Unternehmen heraus.

Menke muss nicht teilnehmen

In ihrer mit den Ratsfraktionen und der Bürgerinitiative abgestimmten Antwort erklärte die Bürgermeisterin jetzt, dass es vielmehr gar nicht nötig sei, wenn auch wünschenswert, dass die Firma Menke an dem Runden Tisch teilnimmt. Die Klärung der aufgeführten Fragen und die ergebnisoffene Prüfung möglicher Umgangsvarianten mit der Kalihalde könnten sich nicht an dem Geschäftsmodell eines einzelnen Unternehmens orientieren, heißt es in dem Brief.

Der Runde Tisch soll aus Ronnenberger Sicht für die Halde eine Lösung aus fachlicher, nicht aus wirt-

schaftlicher Sicht suchen. Wieschon in dem Positionspapier gefordert, sollen dort das Land Niedersachsen, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), die Region Hannover, die Stadt, der Haldeneigentümer, die BI und Fachleute beteiligt sein. Gemeinsam soll der grundsätzliche Umgang mit der Halde geklärt werden, wie Harms in ihrem Brief an den Minister jetzt noch einmal betonte.

Harms will mehr Transparenz

Zudem trage ein Runder Tisch mehr zu Transparenz und Akzeptanz des Vorgehens in der Bevölkerung bei. „Wir sehen dieses auch als eine Aufgabe der Landesregierung an“, schreibt Harms in dem Brief, der als Kopie unter anderem auch an Ministerpräsident Stephan Weil und die Fraktionen im Landtag verschickt wurde. Harms bittet den Minister darin erneut, „zeitnah zu

einem Runden Tisch einzuladen“. Überdies sei man „natürlich jederzeit zu Gesprächen mit der Firma Menke bereit“, an denen allerdings auch Vertreter aller Fraktionen im Stadtrat beteiligt werden sollten.

Für Ängste und Befürchtungen unter den Anwohnern sorgen die zu erwartenden Begleiterscheinungen und Folgen der Bauschutteinlagerungen. Ständig wechselnde Angaben über die Menge der Einlagerungen, die Zusammensetzung und die Höhe des geplanten Salzberges verwirren die betroffenen Bürger. Klar ist: Zu rechnen ist über Jahrzehnte mit Lärm und Staub an der Halde und Belastungen durch Lkw-Verkehr bei der Zufahrt. Auswirkungen auf den Haldenkörper selbst, den Untergrund und das Grundwasser sind noch nicht erforscht.

Bei seinem Besuch im Oktober hatte Althusmann viel Verständnis

für die Anwohner gezeigt, die in Ronnenberg zum Teil viel dichter an der Halde wohnen als irgendwo sonst in Niedersachsen. Nachdem die Firma Menke die Teilnahme an einem Runden Tisch aber abgelehnt hatte, verwarf auch Althusmann diesen Plan kurzerhand und vereinbarte lediglich besagten Gesprächstermin, bei dem Details der Menke-Planung auf den Tisch kommen sollten. Das sei „keine gute Ausgangsbasis für einen konstruktiven und vertrauensvollen Dialog“, hatte Harms seinerzeit den entsprechenden Brief aus dem Ministerium im Januar kommentiert.

25 000 Euro für künftige Streits

Die Stadt rüstet sich derweil für weitere Auseinandersetzungen. Für die Jahre 2020 und 2021 wurden deshalb insgesamt 25 000 Euro an Beratungskosten zum Thema Kalihalde in den Haushalt eingeplant.